

## Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

### Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2012

(Stand: 11.05.2012)

**09.05. Massnahmenpaket gegen Eisenbahnlärm – Der Bundesrat hat ein neues Massnahmenpaket zur Bekämpfung des Eisenbahnlärms in die Vernehmlassung geschickt. Konkret will die Landesregierung auf das Jahr 2020 neue Lärmgrenzwerte für Güterwagen in Kraft setzen. Damit werden Güterwagen mit Grauguss-Bremssohlen in der Schweiz faktisch verboten. Weitere Bestandteile des Pakets sind die Förderung von leisem Rollmaterial, Lärm dämpfende Massnahmen an den Schienen sowie weitere Lärmschutzwände und Sanierungen von Stahlbrücken. Für die Umsetzung des Massnahmenpakets veranschlagt der Bundesrat rund 160 Millionen Franken. Damit werden voraussichtlich rund 340 Millionen Franken des Kredits von einer halben Milliarde Franken nicht beansprucht und verbleiben im Fonds zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV).**

(NZZ 10.05.12; BAV-Medienmitteilung 09.05.12)

**09.05. Bundesrat empfiehlt Raserinitiative zur Ablehnung – Der Bundesrat hat die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Schutz vor Rasern“ (Raserinitiative) zuhanden des nationalen Parlaments verabschiedet. Darin begrüsst die Landesregierung zwar grundsätzlich die Stossrichtung des Volksbegehrens, erachtet deren wichtigsten Anliegen allerdings im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags mit dem Verkehrssicherheitspaket „Via sicura“ sowie der Vorlage zur „Harmonisierung der Strafrahmen“ weitgehend als erfüllt. Aus diesem Grund beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, die Raserinitiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.**

(NZZ 10.05.12; BaZ 10.05.12; ASTRA-Medienmitteilung 09.05.12)

**08.05. Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010 präsentiert – Gemeinsam haben die Bundesämter für Statistik (BFS) und Raumentwicklung (ARE) die Ergebnisse des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010 präsentiert. Die durchschnittlich im Tag**

zurückgelegte Distanz pro Person sei zwischen 2005 und 2010 von rund 35 auf fast 37 Kilometer gestiegen. Dies fusse primär auf eine Zunahme der gefahrenen Bahnkilometer. In der Schweiz lege jede Person pro Jahr 20'500 Kilometer zurück, davon 14'000 im Inland, den Rest im Ausland. Während die Wege für Arbeit und Einkauf zugenommen hätten, seien jene für die Freizeitaktivitäten geschrumpft. Obwohl die Freizeit aufgrund rund 40 Prozent aller im Inland absolvierten Tagesdistanzen nach wie vor der mit Abstand wichtigste Verkehrszweck sei, habe dieser Anteil seit 2005 um fünf Prozentpunkte abgenommen. Bei den meisten Verkehrszwecken dominiere mit Distanzanteilen von 60 und 90 Prozent das Auto. Die grosse Ausnahme würden die Ausbildungswege darstellen, bei denen über 60 Prozent der Kilometer mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie gegen 20 Prozent mit dem Velo oder zu Fuss zurückgelegt werden. Gut die Hälfte der Bahnpendler würden täglich Distanzen von zwischen 20 und 80 Kilometer bewältigen, bei den Autopendlern absolvierten 60 Prozent hingegen weniger als zehn Kilometer. Bemerkenswert sei nicht zuletzt der starke Rückgang des Führerscheinbesitzes bei jungen Erwachsenen: Während 1994 noch gut 70 Prozent der 18- bis 24-Jährigen über einen Fahrausweis verfügten, habe dieser Wert 2010 bei nur noch knapp 60 Prozent gelegen.

(NZZ 09.05.12; „Bund“ 09.05.12; BaZ 09.05.12; BFS-Medienmitteilung 08.05.12)

**08.05. Ölraffinerie Cressier gerettet** – Die Erdöl-Raffinerie in Cressier (NE), eine von zwei solcher Anlagen in der Schweiz, geht in finanzstarke Hände über. Der Ölhändler Vitol aus Genf übernimmt den Betrieb von Petroplus. Für die Übernahme schliesst sich Vitol mit AtlasInvest zur Varo Holding zusammen. Die Varo Holding beabsichtigt, den Betrieb der Raffinerie noch vor Mitte des laufenden Jahres wieder hochzufahren.  
(AR 09.05.12)

**03.05. 24-Stunden-Betrieb in Tankstellenshops** – Der Nationalrat will die Ladenöffnungszeiten von Tankstellenshops liberalisieren; eine entsprechende Parlamentarische Initiative von Christian Lüscher (fdp, GE) hat er mit 105 zu 73 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Demnach sollen Tankstellenshops künftig ihr ganzes Sortiment rund um die Uhr verkaufen dürfen. Ebenfalls soll der einschränkende Passus „mit starkem Reiseverkehr“ wegfallen. Die Gewerkschaften erachteten das Vorhaben als ersten Schritt hin zu einer vollständigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten; sie kündigten deshalb vorsorglich bereits das Referendum an.  
(NZZ 04.05.12; BZ 04.05.12; „Bund“ 04.05.12; BaZ 04.05.12)

**27.04. Durchschnittlicher Spritverbrauch von Neuwagen erneut gesunken** – 6,39 Liter (l) pro 100 Kilometer (km) hat der spezifische Treibstoffnormverbrauch der im Jahr 2011 neu in Verkehr gesetzten Personenwagen (PW) im Durchschnitt betragen. Gegenüber 2010 (6,62 l/100 km) entspricht dies einer deutlichen Abnahme um 3,5 Prozent. Damit ist die ausgelaufene Zielvereinbarung mit dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), die 6,4 l/100 km forderte, erfüllt – mit drei Jahren Verspätung zwar, dafür ohne teure staatliche Lenkungsmechanismen. Die mittleren CO<sub>2</sub>-Emissionen der Neuwagen sind um 3,7 Prozent gesunken und lagen 2011 bei 155 Gramm (g) CO<sub>2</sub> pro km (2010: 161 g/km). Hingegen erneut leicht angestiegen ist das durchschnittliche Leergewicht der neuen PW: Es betrug 2011 1'483 Kilogramm, was gegenüber 2010 einen Zuwachs um 27 Kilogramm oder 1,8 Prozent bedeutete. Zurück ging im Jahr 2011 dafür der mittlere Hubraum der Neuwagen; er lag bei noch 1'780 Kubikzentimeter (cm<sup>3</sup>). Dies waren 20 cm<sup>3</sup> weniger als 2010. Nach-

dem 2009 erstmals seit 1996 der Anteil neuer Autos mit Dieselmotor gesunken war, nimmt er seit 2010 wieder zu und belief sich 2011 auf 33 Prozent (2010: 30,3 Prozent). Die neu in Verkehr gebrachten Diesel-PW verbrauchten 2011 im Durchschnitt 6 l/100 km (2010: 6,21 l/100 km); das sind rund 0,6 l oder gut neun Prozent weniger als der mittlere Verbrauch der neuen PW mit Benzinmotor. Eine ganz wichtige Rolle bei der Abnahme des durchschnittlichen Treibstoffverbrauchs spielen die Käuferinnen und Käufer von Neuwagen: Wiederum entschieden sich mehr als die Hälfte aller Neuwagenkunden für ein Fahrzeug der besten Energieeffizienz-Kategorien A oder B. (NZZ 28.04.12; „Blick“ 28.04.12; BaZ 10.05.12. BFE-Medienmitteilung 27.04.12; Medienmitteilung und 16. Berichterstattung von auto-schweiz 27.04.12)

**26.04. Schwerverkehr: Neuberechnung ergibt höhere Stauzeitkosten –** Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) hat die Stauzeitkosten neu berechnet. Da in der Modellbetrachtung gemäss Vorgabe des Bundesgerichts der Schwerverkehr mehr zur Staubildung beiträgt als in der bisherigen ARE-Modellbetrachtung, fallen auch die ihm anzurechnenden Stauzeitkosten höher aus. Demnach betragen diese – bezogen auf das Jahr 2009 – gut 290 Millionen Franken und nicht, wie vom ARE früher errechnet, rund 255 Millionen Franken. Das hat gemäss ARE zur Folge, dass die Tarife der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) nicht gesenkt werden müssen, wie dies das Strassentransportgewerbe gefordert hatte. (NZZ 27.04.12; ARE-Medienmitteilung 26.04.12)

**26.04. Neue Studie zum Freizeitverkehr publiziert –** Eine neue Studie, die im Auftrag des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) erstellt worden ist, hat das realisierbare Potenzial aller Autofahrten, die durch Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr (öV) ersetzt werden könnten, auf rund 25 Millionen Kilometer pro Tag veranschlagt. Der Fokus der Studie wurde dabei auf die Bereiche „Besuche von Gastronomiestätten“ und „aktiver Sport“ sowie schwergewichtig auf Stadt- und Agglomerationsgemeinden gelegt. (AR 02.05.12; ARE-Medienmitteilung 26.04.12)

**18.04. Atomausstieg kostet 30 Milliarden Franken –** Der Bundesrat ist zum Schluss gelangt, dass der schrittweise Verzicht auf die Kernenergie machbar ist. Die Mehrkosten der so genannten Energiewende belaufen sich laut Landesregierung auf 30 Milliarden Franken bis ins Jahr 2050. Gemäss Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), wird der Atomausstieg die Schweiz allerdings vor grosse Herausforderungen stellen. Zum einen müsse der Energieverbrauch etappenweise gesenkt und zum andern der Atomstrom ersetzt werden. Trotz eines zuwanderungsbedingten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums soll der Gesamtenergieverbrauch bis 2050 gegenüber dem Stand von 2000 um gegen 30 Prozent reduziert werden. Weil mit dem vorliegenden Paket die Ziele bis 2050 lediglich zur Hälfte erreicht werden können, bedarf es weiterer Anstrengungen. Für die Zeit nach 2020 plant der Bundesrat, die bestehenden Förderabgaben in ein Lenkungssystem überzuführen. Diesbezüglich erarbeitet das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) derzeit einen Bericht zur ökologischen Steuerreform. (NZZ 19.04.12; BZ 19.04.12)

**17.04. Treibhausgasemissionen sind im Jahr 2010 angestiegen –** Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat der Treibhausgasausstoss im Jahr 2010 insgesamt rund

54 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente betragen. Die Zunahme um fast zwei Millionen Tonnen gegenüber 2009 entspricht einem Anstieg von rund 3,5 Prozent. Diese doch markante Zunahme wurde zu 90 Prozent durch die tieferen Temperaturen während der Heizperiode verursacht. Die so genannten Heizgradtage – als Mass für den Heizenergieeinsatz – waren 2010 um 12,5 Prozent höher als 2009 und die höchsten seit 1996. Die restliche Zunahme dürfte auf die sich erholende Wirtschaft zurückzuführen sein. Der Treibhausgasausstoss aus dem Verkehrssektor lag 2010 bei 1,7 Millionen Tonnen oder knapp 12 Prozent höher als 1990. Das Maximum wurde 2008 erreicht, seither ist ein leichter Rückgang zu beobachten. Der Verkehr zeichnet heute für ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Diesbezüglich hat der Bund im Bereich der Emissionszertifikate mit der Stiftung Klimarappen in verschiedenen Verträgen vereinbart, dass sie dem Bund jährlich ausländische Emissionszertifikate im Umfang von rund drei Millionen Tonnen abgibt. Nicht zuletzt deshalb sowie unter Berücksichtigung des sehr milden Jahres 2011 (mit deutlich weniger Heizbedarf) kann derzeit davon ausgegangen werden, dass die Schweiz das Kyoto-Klimaziel für die Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 erreicht. Allerdings ist laut BAFU die Unsicherheit der Schätzung nach wie vor gross.

(NZZ 18.04.12; BAFU-Medienmitteilung 17.04.12)

**04.04. LSVA: Rabatt für emissionsarme Lastwagen und Anpassung an Teuerung –** Der Bundesrat hat entschieden, für emissionsarme Lastwagen der Kategorie Euro 6 per 1. Juli 2012 die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) um zehn Prozent zu reduzieren. Auf den gleichen Zeitpunkt sollen zudem die LSVA-Sätze erstmals an die Teuerung angepasst werden. Nachdem ein entsprechender Beschluss des Gemischten Landverkehrsausschusses Schweiz–EU (Europäische Union) unterzeichnet sein wird, will der Bundesrat die Schwerverkehrsabgabeverordnung anpassen.  
(BAV-Medienmitteilung 04.04.12)

**29.03. Strassenverkehrsunfälle: Leichte Abnahme der Getöteten und Schwerverletzten –** Gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) sind im Jahr 2011 bei Strassenverkehrsunfällen 320 Personen getötet (2010: 327), 4'437 Menschen schwer verletzt (2010: 4'458) und 18'805 leicht verletzt (2010: 19'779) worden. Eine konträre Entwicklung fand allerdings bei den auf Zebrastreifen getöteten Fussgängern statt: Hier erhöhte sich die Zahl von 20 auf 28. Hauptverantwortlich für den Rückgang betreffend die Getöteten und Schwerverletzten ist die Bilanz bei den Insassen von Personenwagen. Diese verunfallten 2011 weniger häufig als 2010, stellten mit 119 Todesopfern aber nach wie vor die grösste aller Unfallgruppen dar.  
(ASTRA-Medienmitteilung 29.03.12; AR 04.04.12)

**29.03. SBB-Zahlen des Jahres 2011 – Mehr Passagiere, ein positives Jahresergebnis und eine steigende Verschuldung:** Auf diese Kurzformel lassen sich die von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) für das vergangene Jahr präsentierten Zahlen bringen. 2011 stieg die Passagierzahl um fast drei Prozent, und die zurückgelegten Personenkilometer nahmen um gut ein Prozent zu. Im Güterverkehr reduzierten sich die Nettotonnenkilometer um fast sechs Prozent. Insgesamt erwirtschafteten die SBB mit rund 340 Millionen Franken im Jahr 2011 ein um 13,5 Prozent besseres Konzernergebnis als 2010. Trotz Mehrleistung im Personenverkehr fiel das entsprechende finanzielle Ergebnis (rund 214 Mio. Franken) in diesem Segment allerdings um rund 27 Prozent tiefer aus als 2010. Dahingegen konnte im Güterverkehr (SBB Cargo) der Verlust (knapp 46 Mio.

Franken) gegenüber 2010 um gut 28 Prozent verringert werden. Die Leistungen der öffentlichen Hand für Verkehr (Betrieb) und Infrastruktur beliefen sich im Jahr 2011 auf total rund 2,95 Milliarden Franken, fast zehn Prozent mehr als 2010. Die von den SBB selber als besorgniserregend bezeichnete verzinsliche Verschuldung verminderte sich nur um gut ein Prozent und stagnierte bei rund acht Milliarden Franken. Die Nettoverschuldung betrug rund 18,6 Milliarden Franken, und zwar bei einem Eigenkapital von gut 10,3 Milliarden Franken.

(NZZ 30.03.12; BaZ 30.03.12; „Bund“ 30.03.12; SBB-Medienmitteilung 29.03.12)

**27.03. Klima-Initiative wird zurückgezogen** – Die Eidgenössische Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ (Klima-Initiative) wird von deren Urhebern zurückgezogen. Grund dafür ist der indirekte Gegenvorschlag in Form des total revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Für das Initiativkomitee stellt dieser Erlass einen gangbaren Kompromiss dar. Allerdings wollen die Klima-Initianten den Vollzug des CO<sub>2</sub>-Gesetzes mit Argusaugen verfolgen. Zudem verlangen sie, dass das Gesetz per 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Noch fehlen aber die Ausführungsbestimmungen; diese sollen vom Bundesrat demnächst in die Anhörung geschickt werden.

(NZZ 28.03.12)

**18.03. 702'000 Besucherinnen und Besucher am Autosalon** – Während der vergangenen zehn Tage haben gut 702'000 Personen den 82. Internationalen Automobilsalon in Genf besucht. Verglichen mit 2011 entspricht dies einer Abnahme um rund fünf Prozent. Rund 11'700 Journalisten aus mehr als 80 Ländern berichteten über den Anlass. Der nächste Automobilsalon findet vom 7. bis 17. März 2013 statt.

(NZZ 22.03.12; AR 21.03.12; „Blick“ 19.03.12)

**16.03. Schlussabstimmungen in den eidgenössischen Räten** – Der Nationalrat hat mit 122 zu 73 und der Ständerat mit 24 zu 13 Stimmen einen Bundesbeschluss gutgeheissen, in dem das nationale Parlament Volk und Ständen die Initiative „Für ein gesundes Klima“ (Klima-Initiative) zur Ablehnung empfiehlt. Mit 195 zu null (Nationalrat) und 43 zu null Stimmen (Ständerat) haben die eidgenössischen Räte zudem das Bundesgesetz über den zweiten Schritt der Bahnreform 2 verabschiedet.

(NZZ 17.03.12; BBl 2012 S. 3435 und S. 3481-3508)

**16.03. Rekordjahr für den alpenquerenden Güterverkehr** – Im Jahr 2011 sind 25,6 Millionen Tonnen auf der Schiene durch die Schweizer Alpen transportiert worden. Insgesamt betrug die Menge im alpenquerenden Güterverkehr laut Eidgenössischem Verkehrsdepartement (UVEK) gut 40 Millionen Tonnen. Damit wurde der Maximalwert aus dem Jahr 2008 und erstmals überhaupt die Grenze von 40 Millionen Tonnen übertroffen. Die Schiene vermochte ihren Anteil von rund 63 auf fast 64 Prozent zu steigern. Die Anzahl Lastwagenfahrten wuchs lediglich marginal auf rund 1,26 Millionen. Allerdings ist dies nach wie vor mehr als doppelt soviel, wie das gesetzlich verankerte Verlagerungsziel vorsieht.

(NZZ 17.03.12; BaZ 17.03.12; UVEK-Medienmitteilung 16.03.12)

**15.03. Bahnreform 2: Preisüberwacher wird nicht geschwächt** – Die letzte Differenz beim zweiten Schritt der Bahnreform 2 betraf die Rolle des Preisüberwachers. Nachdem der Ständerat auf die Position des Nationalrats eingeschwenkt ist, konnte diese Differenz bereinigt werden; damit ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung. Ursprünglich

wollte das „Stöckli“ den Preisüberwacher bereits bei der Formulierung der Ziele der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) einbeziehen. Dies, um zu verhindern, dass der Bundesrat den SBB Ziele vorgibt, die dann bei der Umsetzung durch das Veto des Preisüberwachers torpediert werden. Es sei ein Problem, dass der Preisüberwacher die Tarife unabhängig von den Zielen überprüft. In der Grossen Kammer stiess dieses Ansinnen allerdings auf äusserst heftigen Widerstand. Damit würden die Kompetenzen des Preisüberwachers bei der Festlegung der SBB-Fernverkehrstarife beschnitten und den Bahnen würde faktisch ein Blankoscheck für Tariferhöhungen ausgestellt. Angesichts der erwarteten markanten Preiserhöhungen bei der Bahn dürfe die Rolle des Preisüberwachers nicht geschwächt werden.

(NZZ 16.03.12 und 08.03.12)

**14.03. Mehr Geld für die Strasse –** Künftig sollen 60 statt wie bis anhin 50 Prozent der Erträge aus der Mineralölsteuer dem Strassenverkehr zugute kommen. Mit 89 zu 78 Stimmen hat der Nationalrat eine entsprechende Parlamentarische Initiative genehmigt. Mit dieser Änderung würden jährlich rund 300 Millionen Franken mehr in die Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) fliessen.  
(St. Galler Tagblatt 15.03.12)

**14.03. Petition für den Ausbau des Gotthard-Strassentunnels eingereicht –** Das Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels hat eine von über 20'000 Personen unterzeichnete Petition bei der Bundeskanzlei eingereicht. Diese Petition verlangt, dass mit Blick auf die Totalsanierung des bestehenden Strassentunnels am Gotthard eine zweite – einspurig betriebene – Röhre erstellt wird. Nur so könne ein gravierender wirtschaftlicher Schaden, insbesondere für den Kanton Tessin, abgewendet werden.  
(Medienmitteilung Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels 14.03.12)

**09.03. Neue Studie zeigt: Road Pricing könnte Strassennetz entlasten –** Eine von der Regionalkonferenz Bern-Mittelland sowie der Stadt und des Kantons Bern in Auftrag gegebene Studie gelangt zum Schluss, dass die Einführung von Road Pricing (Tagespauschale von fünf bzw. neun Franken) die Strassen im Kern der Agglomeration Bern offenbar um 15 bis zu 30 Prozent entlasten und dringend benötigte Einnahmen (260 bis zu gut 400 Mio. Franken) primär für neue Verkehrsinfrastrukturen des öffentlichen Verkehrs (öV) erzielen könnte. Der Bund soll nun die rechtlichen Voraussetzungen für entsprechende Pilotversuche schaffen. Auswirkungen auf die Umwelt und Wirtschaft sowie die für den öV-Ausbau notwendigen Kosten wurden von der Studie bewusst nicht geprüft.  
(BZ 10.03.12; „Bund“ 10.03.12; Medienmitteilung Regionalkonferenz Bern-Mittelland, Kanton und Stadt Bern 09.03.12)

**07.03. Lösungen für deutsche NEAT-Zufahrt –** Laut dem Bundesland Baden-Württemberg sind für zwei Abschnitte des umstrittenen Ausbaus der deutschen NEAT-Zufahrt nördlich von Basel einvernehmliche Lösungen gefunden worden. Bis ins Jahr 2020 sollen die Umfahrung Freiburg für Güterzüge sowie das von Anstössern verlangte Trasse südlich davon fertig gestellt sein. Die Mehrkosten werden auf 250 Millionen Euro beziffert und von der Bundesrepublik sowie dem Bundesland je hälftig getragen.  
(NZZ 08.03.12)

**02.03. Helmpflicht für schnelle E-Bikes** – Um mit Blick auf die so genannten E-Bikes der technischen Entwicklung Rechnung zu tragen und die Sicherheit zu erhöhen, hat der Bundesrat die entsprechenden Verordnungen angepasst. Zur Kategorie der Leicht-Motorfahräder gehören künftig alle E-Bikes mit einer Leistung bis 500 Watt. Diese E-Bikes dürfen ohne Pedalbetätigung bis zu 20 Stundenkilometer (km/h) schnell sein, mit Tretunterstützung bis zu 25 km/h. Für Lenkerinnen und Lenker solcher E-Bikes wird das Tragen eines Velohelms aus Sicherheitsgründen empfohlen; es ist aber nicht obligatorisch. Leicht-Motorfahräder brauchen gleich wie Fahrräder keine Zulassung und kein Kontrollschild. Bei den schnelleren E-Bikes wird die Tretunterstützung auf 45 km/h begrenzt. Sie gelten als Motorfahräder und benötigen ein entsprechendes Kontrollschild. Für Lenkerinnen und Lenker von E-Bikes dieser Kategorie ist ab dem 1. Juli 2012 entweder das Tragen eines geprüften Velohelms (falls dank Tretunterstützung Tempo von über 25 km/h möglich ist) oder – wie bisher – eines geprüften Mofahelms (falls bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit über 20 km/h) obligatorisch. Im Weiteren müssen in der Schweiz neu zugelassene Personenwagen künftig mit zusätzlichen Warn- und Fahrassistenzsystemen ausgerüstet werden (z.B. Antiblockier- und Notbrems-Assistenzsysteme, Fahrdynamik-Regelsysteme, Reifendrucküberwachungs- und Spurhaltewarnsysteme). Diese Neuerungen werden gestaffelt und mit der Europäischen Union (EU) abgestimmt bis ins Jahr 2014 eingeführt. In Fahrzeugen fest eingebaute spezielle Kindersitze müssen neu ein gleichwertiges Schutzniveau bieten, wie die als Zubehör gekauften Kindersitze. Zurzeit sind für die fest eingebauten Kindersitze lediglich Beckengurten vorgeschrieben. Dies gilt für Fahrzeuge, die ab 1. August 2012 erstmals zugelassen oder entsprechend umgebaut werden. Ferner müssen Personen-, Last- und Lieferwagen sowie Busse analog zur EU obligatorisch mit Tagfahrlichtern ausgerüstet werden. Das Obligatorium gilt für Fahrzeuge, die ab 1. Oktober 2012 neu typengenehmigt werden. Nicht zuletzt wird der Direktimport von neuen Personenwagen aus dem EU-Raum vereinfacht. Die heute obligatorische Fahrzeugprüfung vor der Zulassung wird unter gewissen Bedingungen entfallen. Die Strassenverkehrsämter kontrollieren ab 1. Mai 2012 beim Vorliegen einer europäischen Übereinstimmungsbescheinigung („CoC“) nur noch die Konformität von Fahrzeug und CoC sowie erheben die für die Ausstellung der Fahrzeugdokumente und für die Besteuerung benötigten Daten.  
(NZZ 03.03.12; ASTRA-Medienmitteilung 02.03.12; AS 2012 S. 1821-1920)

**02.03. Wesentlich mehr Geld für die Bahninfrastruktur** – Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, für Betrieb und Substanzerhalt des Bahnnetzes in den Jahren 2013 bis 2016 fast 9,5 Milliarden Franken zur Verfügung zu stellen. Mehr als zwei Drittel davon oder gut 6,6 Milliarden Franken kommen der Infrastruktur der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) zugute und nahezu ein Drittel oder gut 2,8 Milliarden Franken der Infrastruktur der Privatbahnen. Verglichen mit dem Jahr 2010 steigen damit die einsetzbaren Mittel um durchschnittlich gut 600 Millionen Franken. Diese Aufstockung des Zahlungsrahmens für die SBB-Infrastruktur und des Verpflichtungskredits für die Privatbahnen wird durch eine entsprechende Reduktion im Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FinöV) kompensiert. In den Jahren 2013-2016 beträgt die Kompensation insgesamt 650 Millionen Franken.  
(NZZ 03.03.12; BaZ 03.03.12; BAV-Medienmitteilung 02.03.12; BBI 2012 S. 4015-4120)

**02.03. Bundesrat erteilt Konzession für Tram über Zürcher Hardbrücke** – Das Tram Hardbrücke, das den Zürcher Hard- mit dem Escher-Wyss-Platz verbinden soll, hat

vom Bundesrat die nötige Eisenbahninfrastruktur-Konzession erhalten. Das Tram soll ab Dezember 2016 die neuen Gleise befahren. Die Projektkosten werden auf gut hundert Millionen Franken geschätzt, wovon ein guter Teil via den Infrastrukturfonds finanziert wird. Mit der neuen Strecke entsteht die erste Tangentialverbindung im Zürcher Tramnetz. Künftig soll die Linie 8 vom Hardplatz das SBB-Gleisfeld vor dem Hauptbahnhof überqueren, um danach die Fahrt auf den Gleisen des Trams Zürich-West an den Escher-Wyss-Platz und anschliessend weiter zum Werdhölzli fortzusetzen. Kritik dürfte vor allem deshalb laut werden, weil das Tram dabei in jeder Richtung einmal die vielbefahrene Hardbrücke passieren muss. Manche befürchten, dass damit der motorisierte Individualverkehr (MIV) behindert wird.  
(NZZ 03.03.11; BAV-Medienmitteilung 02.03.11)

**28.02. Ständerat will Preisüberwacher bei öV-Tarifen nur als Berater** – Mit 29 zu zehn Stimmen hat der Ständerat beschlossen, dass der Preisüberwacher die Tarife des öffentlichen Verkehrs (öV) nicht mehr überprüfen, sondern stattdessen vielmehr bei der Definition der Unternehmensziele angehört werden soll. Das „Stöckli“ hat sich also dafür entschieden, den bestehenden Zielkonflikt zwischen Unternehmenssanierung und vermeintlich überhöhten Preisen in einem einzelnen Geschäftsfeld quasi durch die Entfernung der Kontrollinstanz zu lösen. Relevant ist dies insbesondere für das offenbar nicht subventionierte Monopol des Fernverkehrs der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). Dort besteht eine Diskrepanz zwischen dem Gesichtspunkt, wonach in Monopolen erzielte Gewinne nicht höher sein sollten, als wenn sie im freien Markt zustande kämen, und den vom Bundesrat formulierten Unternehmenszielen für die SBB. Diese sehen die Verwendung der scheinbar im Fernverkehr erzielten Gewinne nicht nur zur Refinanzierung dieses einen Geschäftsfelds vor, sondern auch zur finanziellen Sanierung des SBB-Gesamtunternehmens.  
(NZZ 29.02.12)

**28.02. Ständerat bereinigt das Verkehrssicherheitsprogramm „Via sicura“** – In der Differenzbereinigung des Programms „Via sicura“ hat der Ständerat neu eine Bestimmung aufgenommen, wonach der Bund künftig – in Zusammenarbeit mit den Kantonen – für die baulichen Anforderungen punkto Ausgestaltung von Fussgängerstreifen verantwortlich sein soll. Ein Antrag von Karin Keller-Sutter (fdp, SG), die Atemalkoholkontrolle nicht als beweistauglich anzuerkennen, scheiterte mit 26 zu 15 Stimmen. Somit bleibt die Differenz zum Nationalrat ebenso bestehen wie betreffend das Mindestalter für Radfahrende und deren Helmtragepflicht bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.  
(NZZ 29.02.12)

**28.02. Eidgenössische Räte sind gegen Klima-Initiative** – Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Eidgenössische Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ (so genannte Klima-Initiative) Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen, und zwar mit 24 zu 13 Stimmen.  
(NZZ 29.02.12)

**22.02. Fertigstellung Nationalstrassennetz: Bundesrat genehmigt achttes Bauprogramm** – Der Bundesrat hat das achte langfristige Bauprogramm für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes gutgeheissen. In den nächsten vier Jahren (2012-2015) sollen im Durchschnitt rund 750 Millionen Franken jährlich bzw. insgesamt gut drei Milliarden Franken investiert werden. Die finanziellen Mittel stammen aus dem Infrastruktur-

fonds, in dem für die Netzfertigstellung 8,5 Milliarden Franken reserviert sind. Per Ende 2010 war das Nationalstrassennetz zu knapp 95 Prozent fertig gestellt und in Betrieb, das heisst rund 1'790 von gut 1'892 Kilometer.

(NZZ 23.02.12; BaZ 23.02.12; ASTRA-Medienmitteilung 22.02.12)

**21.02. 82. Internationaler Automobilsalon in Genf** – Der diesjährige 82. Internationale Automobilsalon in Genf zeigt vom 8. bis 18. März rund 180 Welt- und Europapremieren, davon 40 im Sektor „Zubehör, Ersatzteile, Zulieferer und Garageneinrichtungen“. 260 Aussteller aus 30 Ländern präsentieren ihre Modelle und Produkte auf 110'000 Quadratmeter Nettoausstellungsfläche in den Hallen der Palexpo Genf. Ausserdem wird das Auto des Jahres erstmals am Automobilsalon gekürt.  
(Medienmitteilung Automobilsalon 21.02.12; „Blick“ 19.03.12)

**20.02. PPP für einen zweiten Gotthard-Strassentunnel** – Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse schlägt zur Finanzierung eines zweiten Gotthard-Strassentunnels eine Public Private Partnership (PPP) vor. Nach dem Bau würde der heutige Tunnel für die Sanierung gesperrt und der gesamte Verkehr durch die neue Röhre abgewickelt. Nach Abschluss dieser Sanierung stünden beide Röhren zur Verfügung, so dass die aus Sicherheitsgründen wünschenswerte Richtungstrennung möglich wäre. In jeder Fahrtrichtung wäre allerdings nur eine Spur offen – denn: Würde die Nord-Süd-Verbindung vierspurig geführt, wäre dies eine Kapazitätserweiterung. Nach 50 Jahren würde das Bauwerk an den Bund übergehen.

Der Touring Club Schweiz (TCS) will zwar eine zweite Röhre, erachtet den Vorschlag von economiesuisse allerdings nur dann als prüfenswert, wenn keine Finanzierung durch den Bund gemäss dem bewährten Finanzierungssystem möglich wäre.  
(NZZ 21.02.12; AR 22.02.12; Medienmitteilung economiesuisse 20.02.12)

**19.02. Töff-Messe war Publikumsmagnet** – Die heute zu Ende gegangene neunte Motorrad-Messe Swiss-Motto stellte mit rund 66'000 Besucherinnen und Besuchern zwar einen Erfolg dar; der Rekordwert aus dem Jahr 2011 konnte aber nicht übertroffen werden.  
(HandelsZeitung 23.02.12; Medienmitteilung Swiss-Moto 19.02.12)

**16.02. Die Swiss-Moto hat ihre Pforten geöffnet** – Die neunte Ausgabe der Motorrad-Messe Swiss-Moto findet vom 16. bis 19. Februar 2012 in den Hallen der Messe Zürich statt. Wer sich für Motorräder und Roller interessiert, wird an der Swiss-Moto auf über 30'000 Quadratmeter von 204 Ausstellern mit den wichtigsten Neuerungen der Branche bedient, auch punkto Zubehör, Bekleidung und Tuning.  
(NZZ 17.02.12; Medienmitteilung Swiss-Moto 15.02.12 und 11.01.12)

**14.02. IG Motorrad lanciert Volksinitiative** – Die Interessengemeinschaft (IG) Motorrad hat die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Verflüssigung des Strassenverkehrs und weniger Stau (Motorrad- und Roller-Initiative)“ lanciert. Motorisierte Zweiradfahrer sollen künftig die Busspuren mitbenützen und langsam an stehenden Fahrzeugkolonnen vorbeifahren dürfen. Zudem soll eine Verflüssigung des innerstädtischen Verkehrs erreicht werden, indem das Prinzip der grünen Welle angewendet wird. Nicht zuletzt verlangt das Volksbegehren, dass die freie Wahl des Verkehrsmittels gewährleistet ist. Die Sammelfrist läuft bis 7. August 2013.  
(NZZ 15.02.12 und 08.02.12; AR 15.02.12; 20Minuten 15.02.12; BBl 2012 703-705)

**14.02. Positive Bilanz nach den AGK-Versuchen auf Autobahnen –** Gemäss dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) haben die Versuche mit Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen (AGK) auf den Nationalstrassen A2 und A9 gezeigt, dass diese die Verkehrssicherheit auf Autobahnen erhöhen. Sowohl auf dem Testabschnitt im Arisdorftunnel (A2, BL) als auch auf jenem zwischen Aigle und Bex (A9, VD) sei der Verkehr verflüssigt worden und habe die Anzahl der erfassten Tempoüberschreitungen markant abgenommen. Ausserdem seien keine negativen Auswirkungen registriert worden. An den Ein- und Ausgangsportalen der Anlagen werde nicht abgebremst, wie dies bei herkömmlichen Geschwindigkeitskontrollen oft der Fall ist. Deshalb werde auch der Verkehrsfluss nicht gestört. Zudem hätten keine Kompensationseffekte festgestellt werden können: Fahrzeuge, die z.B. die erste Hälfte des Abschnitts zu schnell und anschliessend massiv langsamer fahren, seien nicht beobachtet worden. Allerdings erlauben die mit den zwei Pilotanlagen gewonnenen Erkenntnisse bislang noch keine allgemein gültige Quantifizierung der generellen Zusammenhänge zwischen der Veränderung bzw. dem Rückgang der Geschwindigkeiten und dem Unfallgeschehen. Ebenfalls noch keine Aussagen können über die Wirkung einer AGK auf die Leistungsfähigkeit des betreffenden Streckenabschnitts gemacht werden, da sich das Verkehrsaufkommen auf beiden Pilotabschnitten unter normalen Betriebsbedingungen unterhalb der Leistungsgrenze bewegt und Störungen im Verkehrsfluss praktisch ausgeschlossen sind.  
(NZZ 15.02.12; ASTRA-Medienmitteilung 14.02.12; AGK-Schlussbericht 15.11.11)

**09.02. Weniger Führerausweisentzüge im Jahr 2011 –** Gemäss den neuesten Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (ADMAS) des Bundesamts für Strassen (ASTRA) mussten im Jahr 2011 knapp 77'000 Fahrzeuglenkerinnen und -lenker ihren Führerausweis abgeben. Dies sind 2,6 Prozent weniger als 2010. Hauptgründe für den Führerausweisentzug waren das Überschreiten der Geschwindigkeit sowie Alkohol am Steuer. Wegen zu schnellem Fahren gaben gut 32'200 Personen – neun Prozent weniger als 2010 – den Führerausweis ab. Auch Massnahmen gegen alkoholisierte Lenkerinnen und Lenker nahmen ab: Die Entzüge (0,8 Promille und mehr) gingen um 6,2 Prozent, die Verwarnungen (0,5 bis 0,79 Promille) um 5,5 Prozent zurück. Die meisten Ausweisentzüge waren auf einen Monat bis drei Monate befristet (knapp 63 Prozent). Fast 20 Prozent der Ausweise wurden auf unbestimmte Zeit entzogen. Dies entspricht einer Zunahme um rund sieben Prozent. Das im Jahr 2005 eingeführte, verschärfte Recht (Kaskadensystem: stufenweise Verlängerung der Entzugsdauer für Wiederholungstäter) führte erstmals zu einer nur noch geringen Zunahme der Anzahl Führerausweisentzüge. Der 2005 eingeführte Führerausweis auf Probe schlug sich in der Statistik ebenfalls nieder. So musste 2011 gut 1'600 Personen (plus rund 17 Prozent) der Ausweis annulliert werden, weil sie Widerhandlungen während der Probezeit begingen.  
(ASTRA-Medienmitteilung 09.02.12)

**07.02. Mehr neuzugelassene Motorfahrzeuge denn je –** Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) sind im Jahr 2011 rund 420'900 motorisierte Strassenfahrzeuge neu zugelassen worden. Das sind 12 Prozent mehr als 2010 und stellen einen neuen Rekordwert dar. Insgesamt waren 2011 rund 5,5 Millionen Motorfahrzeuge immatrikuliert, was einem Zuwachs von gut zwei Prozent gegenüber 2010 entspricht. Alle Fahrzeuggruppen verzeichneten eine Steigerung: Personenwagen plus elf Prozent, Motorräder plus 12 Prozent und Sachtransportfahrzeuge plus 19 Prozent. Die Tatsache, dass der Anstieg des Motorfahrzeugbestands unter dem Strich doppelt so hoch ausfällt wie jener der

Bevölkerung, lässt auf das Wachstum der Wirtschaft sowie auf eine Zunahme des Wohlstands schliessen.

(NZZ 08.02.12; BFS-Medienmitteilung 07.02.12)

**05.02. Basel-Stadt: Klares Votum gegen mehr Parkplätze** – Im Kanton Basel-Stadt ist die vom Gewerbeverband lancierte Initiative „Ja zu Parkraum auf privatem Grund“ beim Soverän deutlich durchgefallen: Knapp 64 Prozent der Stimmberechtigten lehnten sie ab. Die Initiative beabsichtigte, die Beschränkung für den Bau privater Parkplätze – mit Ausnahme der Altstadt – aufzuheben. Auch der Gegenvorschlag der Regierung wurde mit rund 55 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Dieser Gegenvorschlag wollte punktuell einige Parkplätze mehr erlauben.

(BaZ 06.02.12)

**03.02. Branchenstudie zu Landverkehr und Logistik im Jahr 2011** – Gemäss einer Branchenstudie zu Landverkehr und Logistik sind im Jahr 2011 rund 170 Firmen in besagter Branche wegen Zahlungsunfähigkeit in Konkurs gegangen. Das sind fast acht Prozent mehr als 2010. Damit war das Insolvenzrisiko in dieser Branche 2011 eineinhalb Mal höher als der gesamtschweizerische Durchschnitt. Die Neugründungen in Landverkehr und Logistik stiegen allerdings noch stärker als die Konkurse, nämlich um elf Prozent auf knapp 1'020 Betriebe. Damit entsprach die Gründungsintensität genau dem Schweizer Durchschnitt. Zur Hauptsache wird die hohe Anzahl der Neugründungen darauf zurückgeführt, dass angesichts des Abbaus bei den grösseren Fahrzeugflotten mancher Angestellte „die Flucht in die Selbständigkeit“ unternommen hat.

(Medienmitteilung Credita AG 03.02.12)

**30.01. Finanzielle Stütze für kombinierten Verkehr** – Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat – gestützt auf das Paket zur Abfederung der Frankenstärke – weitere 21 Millionen Franken ausbezahlt. Das Geld geht an die vier Bahnunternehmen, die im Jahr 2011 im alpenquerenden kombinierten Verkehr (KV) tätig und dort wegen des schwachen Euro in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren. In der ersten Dezemberhälfte 2011 hatte das BAV bereits gut elf Millionen Franken aus dem besagten Paket ausbezahlt. Dieses Geld ging damals an Bahn- und Busunternehmen sowie an Seilbahnen und Schifffahrtsgesellschaften.

(NZZ 31.01.12; BAV-Medienmitteilung 30.01.12)

**27.01. Bundesrat heisst neue Strategie Nachhaltige Entwicklung gut** – Der Bundesrat hat die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015 verabschiedet. Im Zentrum dieser Strategie steht ein Aktionsplan, der nebst einer Zusammenstellung wichtiger laufender Massnahmen – z.B. CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für Personenwagen oder Stärkung des öffentlichen Verkehrs – 16 von der Landesregierung neu beschlossene Massnahmen (so etwa die Energiestrategie 2050, Mobility Pricing oder die Ökologisierung des Steuersystems) umfasst.

(UVEK-Medienmitteilung 27.01.12)

**25.01. Bundesrat lehnt Cleantech-Initiative ab** – Obwohl die Cleantech-Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) in den Augen des Bundesrats gut in seine eigene neue Energiestrategie passt, empfiehlt er sie trotzdem zur Ablehnung. Besagte Energiestrategie 2050, die der Bundesrat im Sommer in die Vernehmlassung schicken will, erfülle die Zielsetzungen der SP-Initiative weitgehend. Aus zeitlichen Gründen

sei es zudem nicht möglich einen Gegenvorschlag vorzulegen, der mit dieser Strategie abgestimmt ist. Gemäss Initiativtext soll der Gesamtenergiebedarf (inklusive Verkehr) ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. (NZZ 26.01.12; BaZ 26.01.12)

**20.01. Im Jahr 2010 wieder mehr Güter transportiert** – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) hat sich der Güterverkehr im Jahr 2010 wieder etwas erholt. Auf Schweizer Strassen sind insgesamt gut 17,1 Milliarden Tonnenkilometer (Tkm) und auf der Schiene rund 9,8 Milliarden Tkm erbracht worden. Die Transportleistungen des Güterverkehrs auf Strasse und Schiene haben gegenüber 2009 somit um zwei Prozent zugenommen. In der Schweiz sind die Transportleistungen zwischen 1993 und 2010 auf der Strasse um 50 und auf der Schiene um 34 Prozent angestiegen.

(NZZ 20.01.12; BFS-Medienmitteilung und BFS Aktuell 19.01.12)

**18.01. Bundesrat verabschiedet FABI** – Der Bundesrat hat die Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) im Sinne eines direkten Gegenvorschlags zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Gleichzeitig empfiehlt die Landesregierung das VCS-Volksbegehren zur Ablehnung.

Die Strassenverkehrsverbände lehnen sowohl die VCS-Initiative als zum heutigen Zeitpunkt auch die FABI-Vorlage ab. Die VCS-Initiative zerstöre die Strassenfinanzierung und werde klar verworfen. Sie müsse Volk und Ständen ohne jeglichen Gegenvorschlag so rasch als möglich zur Abstimmung unterbreitet werden. Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur sollen ohne Sachzwänge bearbeitet werden sowie in zeitlicher Abstimmung mit einer Vorlage über Finanzierung und Ausbau der nationalen Strasseninfrastruktur erfolgen.

(NZZ 19.01.12; BAV-Medienmitteilung 18.01.12; Medienmitteilungen ACS, ASTAG, auto-schweiz, TCS und strasseschweiz 18.01.12; BBl 2012 S. 1577-1776)

**18.01. Teurere Vignette für bestehende Strassen** – Mittels einer Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss) hat sich der Bundesrat dafür ausgesprochen, auf Anfang 2014 zusätzliche, bereits bestehende Strecken im Umfang von rund 390 Kilometer ins Nationalstrassennetz aufzunehmen. Da gleichzeitig die bisher im Netzbeschluss aufgeführte Verbindung zwischen Schaffhausen und Barga gestrichen werden soll, wird das Nationalstrassennetz um insgesamt rund 375 Kilometer erweitert. Aus dem Betrieb, Unterhalt und Ausbau der besagten Strecken entstehen für den Bund Mehrkosten von 275 Millionen Franken. Diese sollen durch eine Preiserhöhung der Autobahnvignette von heute 40 auf neu hundert Franken finanziert werden. Zugleich soll eine Zweimonatsvignette für 40 Franken geschaffen werden. Im Weiteren beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten die Aufnahme von zwei Netzergänzungen. Dabei handelt es sich um die Glattalautobahn (ZH) sowie um die Umfahrung Morges (VD). Nicht zuletzt schlägt der Bundesrat zur Sicherstellung des Verkehrsflusses auf den Nationalstrassen folgende Massnahmen vor: Pannestreifenumnutzung auf rund 125 Kilometer; punktuelle Lastwagenüberholverbote auf rund 520 Kilometer; temporäre schrittweise Reduktion der zulässigen Höchstgeschwindigkeit (von 120 auf 100 oder 80 Stundenkilometer) auf rund 400 Kilometer; umfassende Information der Verkehrsteilnehmenden über Staus und Umfahrungsempfehlungen; Bewirtschaftung von Autobahnanschlüssen; zusätzliche Fahrspuren zur Engpassbeseitigung. Der Finanzbedarf für Letzteres wird den Umfang der vom nationalen Par-

lament bewilligten Mittel (5,5 Mia. Franken) bei weitem übersteigen. Obwohl die Strassenverkehrsverbände die Anpassung des Netzbeschlusses grundsätzlich gutheissen, lehnen sie die Verteuerung der Autobahnvignette ab, da sich der Mehrwert für die Strassenbenützendenden in einem sehr engen Rahmen bewegt. (NZZ 19.01.12; AR 25.01.12; ASTRA-Medienmitteilung 18.01.12; Medienmitteilungen ACS, auto-schweiz, TCS und strasseschweiz 18.01.12; BBl 2012 S. 745-826)

- 17.01. Bund unterschreibt Zusatzvertrag mit Stiftung Klimarappen – Die Schweiz verfehlt ihre Kyoto-Verpflichtung im Durchschnitt über die Jahre 2008 bis 2012 voraussichtlich um knapp eine Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> (Kohlendioxid) pro Jahr, sofern sich nicht zusätzliche Massnahmen ergreift. Hauptverantwortlich für diese Ziellücke ist gemäss Berechnungen des Bundesamts für Umwelt (BAFU) der CO<sub>2</sub>-Ausstoss des Verkehrs. Damit die Schweiz die Ziele des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und des Kyoto-Protokolls trotzdem erreichen kann, hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Bundesrätin Doris Leuthard, mit der Stiftung Klimarappen einen entsprechenden Zusatzvertrag unterzeichnet. Die Stiftung ist bereit, zusätzlich zu der bestehenden Verpflichtung für die Jahre 2008 bis 2012 zur Reduktion von je einer weiteren Million Tonne CO<sub>2</sub> beizutragen. Diese Bereitschaft der Stiftung Klimarappen ist ein Zeugnis für die gelebte, erfolgreiche Partnerschaft zwischen Bund und der Wirtschaft in der Klima- und Energiepolitik. Mit dem Abschluss der besagten Zusatzvereinbarung kann die Schweiz aller Voraussicht nach ihre Kyoto-Verpflichtung einhalten. (NZZ 18.01.12; UVEK-Medienmitteilung 17.01.12)**

- 17.01. Höhe der Stauzeitkosten überprüfen – Das Bundesverwaltungsgericht muss in Sachen leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) über die Bücher gehen und überprüfen, in welcher Höhe die Kosten für Stauzeiten veranschlagt werden dürfen. Das geht aus Urteilen des Bundesgerichts hervor, das Beschwerden gutgeheissen hat, die von zwei Transportunternehmen gegen die LSVA-Veranlagung für das Jahr 2009 eingereicht worden sind. Laut dem einstimmigen Urteil der II. Öffentlichrechtlichen Abteilung ist nämlich zweifelhaft, ob der Betrag von 204 Millionen Franken den vom Schwerverkehr den übrigen Verkehrsteilnehmenden verursachten Stauzeitkosten entspricht. Vielmehr gebe es Hinweise darauf, dass es sich dabei um die vom Schwerverkehr selber getragenen Stauzeitkosten handelt. In einer Medienverlautbarung zeigte sich der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (ASTAG) über den Entscheid des Bundesgerichts erfreut. Offensichtlich seien die vom Bund vorgelegten Stauberechnungen für den Schwerverkehr fehlerhaft. Die Frage des Einbezugs von Stauzeitkosten müsse jetzt neu aufgerollt werden. (NZZ 18.01.12; ASTAG-Medienmitteilung 17.01.12)**

- 04.01. Autoverkäufe 2011: Neuer Schwung – Die Schweizer Automobil-Importeure und ihre Markenhändler können bezüglich des Absatzes neuer Personenwagen auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2011 zurückblicken: Nahezu 319'000 Neufahrzeugverkäufe entsprachen einer Zunahme von über acht Prozent gegenüber 2010 (rund 294'000). Damit wurden erstmals seit dem Jahr 2001 wieder mehr als 300'000 neue Personenwagen zugelassen. Lediglich in den Jahren 1989 und 1990 fiel das Total der Neuzulassungen noch höher aus. (BaZ 12.01.12; AR 11.01.12; Medienmitteilung auto-schweiz 05.01.12)**

strasseschweiz/pk; 11.05.2012

**Stichwortverzeichnis 2012****11.05.2012**

<b>Verkehr</b>	<b>(Datum)</b>
<b>Agglomerationsverkehr;</b>	
Allgemeines; BFS und ARE veröffentlichen den Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010; Zunahme der Tagesdistanzen aufgrund vermehrter Bahnkilometer	08.05.
Allgemeines; Freizeitverkehr; Neue Studie des Bundes; Potenzial von Fahrten, die vom Auto auf den öV verlagert werden könnten, beträgt 25 Mio. km pro Tag	26.04.
Automobilsalon; 702'000 Besucherinnen und Besucher; Fünf Prozent weniger als 2011	18.03.
Automobilsalon; 82. Austragung findet vom 8. bis 18. März statt; 180 Welt- und Europapremieren; 260 Aussteller aus 30 Ländern; 110'000 m <sup>2</sup> Ausstellungsfläche	21.02.
Automobilwirtschaft; Im Jahr 2012 fast 319'000 neue Personenwagen abgesetzt; Zunahme von über acht Prozent gegenüber 2010	04.01.
<b>Autoversicherung;</b>	
<b>Bahn 2030;</b>	
Bahnreform 2; Bundesgesetz über zweiten Schritt der Bahnreform 2 verabschiedet; Im Nationalrat mit 195 zu null und im Ständerat mit 43 zu null Stimmen	16.03.
Bahnreform 2; Rolle des Preisüberwachers bei Tariferhöhungen wird nicht geschwächt; Ständerat rückt von seinem Ansinnen ab und folgt dem Nationalrat	15.03.
Bahnreform 2; Preisüberwacher soll öV-Tarife künftig nicht mehr überprüfen; Entscheid des Ständerats mit 29 zu zehn Stimmen	28.02.
<b>EU;</b>	
<b>Fahrradverkehr;</b>	
<b>Geschwindigkeitsbeschränkung;</b>	
Gotthard-Strassentunnel; Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels reicht Petition für zweite Röhre bei Bundeskanzlei ein; Über 20'000 Unterschriften	14.03.
Gotthard-Strassentunnel; economiesuisse schlägt PPP-Modell für zweite Röhre vor	20.02.
Güterverkehr; 2011 gut 40 Mio. Tonnen durch Schweizer Alpen transportiert; Neuer Rekordwert; Schiene steigert ihren Anteil; Fast 1,26 Millionen Lastwagenfahrten	16.03.
Güterverkehr; BFS-Transportstatistik; 2010 wieder mehr Güter auf Strasse und Schiene	19.01.
<b>HGV-Anschluss;</b>	
<b>Infrastruktur;</b>	
<b>Kantonsstrassen;</b>	

Kombinierter Verkehr; Paket zur Abfederung der Frankenstärke; Finanzspritze in der Höhe von 21 Mio. Franken an Bahnunternehmen im alpenquerenden KV	30.01.
Motorfahrzeugbestand; 2011 rund 420'900 motorisierte Fahrzeuge in Verkehr gesetzt; Neuer Rekord; Insgesamt 5,5 Mio. Motorfahrzeuge immatrikuliert	07.02.
Motorfahrzeugimport;	
Motorradverkehr; IG Motorrad lanciert Eidg. Volksinitiative „Für eine Verflüssigung des Strassenverkehrs und weniger Stau (Motorrad- und Roller-Initiative)“	14.02.
Nutzfahrzeugsalon;	
Nationalstrassen; Bundesrat verabschiedet Anpassung des Netzbeschlusses; Massnahmen zur Sicherstellung des Verkehrsflusses vorgeschlagen	18.01.
Nationalstrassenbau; Fertigstellung Nationalstrassennetz; Bundesrat genehmigt achtens langfristiges Bauprogramm (2012-2015); Insgesamt gut 3 Mia. Franken	22.02.
NEAT; Lösungen für deutsche Zufahrt nördlich von Basel gefunden	07.03.
Öffentlicher Verkehr;	
Offroader-Initiative;	
Parkplatzbewirtschaftung; Kanton Basel-Stadt; Initiative „Ja zu Parkraum auf privatem Grund“ klar sowie Gegenvorschlag eher knapp gescheitert	05.02.
Parteien;	
Personenverkehr;	
Raserinitiative; Bundesrat verabschiedet Botschaft und beantragt, Volksbegehren zur Ablehnung zu empfehlen; Indirekter Gegenvorschlag	09.05.
SBB AG; Jahreszahlen 2011 Mehr Passagiere, positives Jahresergebnis und steigende Verschuldung; Nettoschulden in der Höhe von über 18,6 Mia. Franken	29.03.
StGB;	
Strassenbau;	
strasseschweiz;	
SVG; Bundesrat beschliesst Verordnungsänderungen; Neuregelungen für E-Bikes, Ausrüstungsvorschriften für neue zugelassene PW, vereinfachter Direktimport	02.03.
SVG; ASTRA zieht positive Bilanz aus Versuchen mit Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen (AGK) auf Autobahnen	14.02.
SVG; ADMAS-Register; Zahl der Ausweistenzüge 2011 zum Teil markant gesunken	09.02.

Swiss-Moto; Grosser Besucheraufmarsch; Rund 66'000 Eintritte 19.02.  
Swiss-Moto; Die neunte Ausgabe der Motorrad-Messe findet vom 16. bis 19. Februar  
in den Hallen der Messe Zürich statt 16.02.

Tourismus;

Transportgewerbe; Branchenstudie Landverkehr und Logistik für das Jahr 2011;  
Anstieg der Insolvenzen sowie der Neugründungen 03.02.

VCS-Initiative; Bundesrat verabschiedet direkten Gegenvorschlag; Finanzierung und  
Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI); Strassenverkehrsverbände dagegen 18.01.

Verkehrsbeschränkung;

Verkehrsentwicklung;

Verkehrshaus;

Verkehrssicherheit; 2011 sind laut ASTRA 320 Personen auf Schweizer Strassen  
gestorben und 4'437 schwer verletzt worden; Leichter Rückgang gegenüber 2010 19.07.

ZEB;

<b>Energie</b>	<b>(Datum)</b>
Elektromobile;	
Energieetikette;	
Energiegesetz;	
Energieschweiz;	
Reserven;	
<b>Sparmassnahmen; Bundesrat lehnt Cleantech-Initiative der SPS ab; Energiestrategie 2050 erfüllt laut Bundesrat die Zielsetzungen der Initiative weitgehend</b>	<b>25.01.</b>
<b>Treibstoffe; Grösste Schweizer Raffinerie in Cressier (NE) gerettet; Wiederaufnahme des Betriebs vor Mitte 2012</b>	<b>08.05.</b>
<b>Treibstoffe; Der Nationalrat beschliesst mit 105 zu 73 Stimmen und drei Enthaltungen eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten von Tankstellenshops</b>	<b>03.05.</b>
<b>Verbrauch; Neu in Verkehr gesetzte PW verbrauchen 2011 im Durchschnitt 6,39 l/100 km; CO<sub>2</sub>-Emissionen liegen bei 155 g/km</b>	<b>27.04.</b>

<b>Umwelt</b>	<b>(Datum)</b>
<b>Abgasvorschriften;</b>	
<b>Allgemeines;</b>	
<b>Alpenkonvention;</b>	
<b>Elektrofahrzeuge;</b>	
<b>Emissionen; Treibhausgasausstoss der Schweiz im Jahr 2010; Total gut 54 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente; Anstieg um rund 3,5 Prozent gegenüber 2009</b>	<b>17.04.</b>
<b>Immissionen;</b>	
<b>Infrastruktur;</b>	
<b>Klima-Initiative; Urheber wollen ihr Begehren zugunsten des indirekten Gegenvorschlags zurückziehen; Total revidiertes CO<sub>2</sub>-Gesetz als Kompromiss</b>	<b>27.03.</b>
<b>Klima-Initiative; Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen; Im Nationalrat mit 122 zu 73 und im Ständerat mit 24 zu 13 Stimmen</b>	<b>16.03.</b>
<b>Klima-Initiative; Ständerat empfiehlt das Begehren Volk und Ständen mit 24 zu 13 Stimmen zur Ablehnung</b>	<b>28.02.</b>
<b>Klimarappen; UVEK-Vorsteherin unterzeichnet Zusatzvertrag; Einsparungen weiterer 5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>; Schweiz kann Kyoto-Verpflichtung vermutlich einhalten</b>	<b>17.01.</b>
<b>Klimaveränderung;</b>	
<b>Nachhaltigkeit; Bundesrat verabschiedet Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015</b>	<b>27.01.</b>
<b>Raumplanung;</b>	
<b>Tempobeschränkung;</b>	
<b>Treibstoffvorschriften;</b>	
<b>Verbandsbeschwerderecht;</b>	

<b>Finanzen</b>	<b>(Datum)</b>
Autobahnvignette; Bundesrat schlägt zusammen mit der Anpassung des Netzbeschlusses Preiserhöhung auf 100 Franken vor; Neue Zweimonatsvignette	18.01.
Bundesfinanzen;	
Eisenbahnrechnung;	
FinöV; Bundesrat schickt neues Massnahmenpaket zur Eindämmung von Eisenbahnlärm in Vernehmlassung; Kosten von rund 160 Mio. Franken	09.05.
Gebühren;	
Infrastrukturfonds; Bundesrat erteilt Konzession für Tram über Zürcher Hardbrücke; Kosten von gut 100 Mio. Franken; Behinderung des MIV befürchtet	02.03.
Infrastrukturkosten; Bundesrat will 2013-2016 fast 9,5 Mia. Franken ins Bahnnetz investieren; 600 Mio. Franken mehr als 2010; Kompensation via FinöV-Fonds	02.03.
Kostenwahrheit;	
Lenkungsabgaben; Der Atomausstieg kostet 30 Mia. Franken bis 2050; Bundesrat plant für die Zeit nach 2020 ein neues Lenkungssystem; Ökologische Steuerreform	18.04.
LSVA; ARE berechnet Stauzeitkosten neu auf gut 290 Mio. statt wie früher auf rund 255 Mio. Franken; Abgabetarife müssen nicht gesenkt werden	26.04.
LSVA; Lastwagen der Kategorie Euro 6 erhalten 10 Prozent Rabatt; Sätze werden erstmals der Teuerung angepasst; Bundesrat beschliesst dies per 1. Juli 2012	04.04.
LSVA; Bundesgericht heisst Beschwerden der Transportbranche gut; Bundesverwaltungsgericht muss Höhe der Stauzeitkosten nochmals überprüfen	17.01.
Mineralölsteuer;	
Motorfahrzeugsteuer;	
Parkplatzbewirtschaftung;	
Road Pricing; Neue Studie für Kern der Agglomeration Bern; Tagespauschale von fünf bzw. neun Franken; Verkehrsreduktion von 15 bis zu 30 Prozent	09.03.
Strassen- und Autosteuern;	
Strassenrechnung;	
Tarife;	
Transportrechnung;	

**Verkehrsinfrastrukturfinanzierung;**

**Zweckbindung; Künftig 60 statt 50 Prozent der Mineralölsteuer für die SFSV; Pro Jahr  
rund 300 Mio. Franken mehr; Im Nationalrat mit 89 zu 78 Stimmen beschlossen 14.03.**